



uster

Gemeinderat

Protokoll

**31. Sitzung des Gemeinderates
Montag, 9. Februar 2009, 19:00 Uhr,
Gemeinderatssaal**

TRAKTANDEN

- 1 Mitteilungen
- 2 Protokollabnahme
- 3 Antrag des Stadtrates betreffend Zweckverband Spital Uster
Statutenrevision, Antrag an die Zweckverbandsgemeinden
(Antrag Nr. 286)
- 4 Antrag des Stadtrates betreffend Städtebauliches Entwicklungskonzept
"Zeughausareal Zentrum", Uster
(Antrag Nr. 282)
- 5 Beantwortung Postulat Nr. 551 der Ratsmitglieder Simone Michel und
Werner Hürlimann betreffend Förderung lokaler ProduzentInnen
- 6 Ergänzungsbericht Postulat Nr. 534 des Ratsmitglieds Werner
Hürlimann betreffend Radweg nach Freudwil
- 7 Beantwortung Interpellation Nr. 555 des Ratsmitglieds Balthasar
Thalman betreffend «Interkommunale Zusammenarbeit»
- 8 Motion Nr. 573 des Ratsmitgliedes Balthasar Thalman betreffend
Revision des Gestaltungsplans Mühleholz III

- 9 Motion Nr. 575 der Ratsmitglieder Simone Michel und Thomas Wüthrich
betreffend Förderung umwelt- und gesundheitsbewusster Mobilität -
Multimobilitag
- 10 Leistungsmotion Nr. 576 des Ratsmitgliedes Balthasar Thalman
betreffend «Strategische Boden- und Immobilienpolitik»

Präsenz

Vorsitz	Rudolf Locher, Präsident
Protokoll	Catherine Wenzel, Parlamentssekretärin
Anwesend	34 Ratsmitglieder (inkl. Präsident)
Stadtrat	Martin Bornhauser, Stadtpräsident Heinz Wolfensberger, Abteilungsvorsteher Finanzen Thomas Kübler, Abteilungsvorsteher Bau Sabine Wettstein-Studer, Abteilungsvorsteherin Bildung Barbara Thalmann Stammbach, Abteilungsvorsteherin Soziales Hans Streit, Abteilungsvorsteher Sicherheit Esther Rickenbacher, Abteilungsvorsteherin Gesundheit Hansjörg Baumberger, Stadtschreiber
Entschuldigt	Maja Burger Jean Claude Simmen
Unentschuldigt:	
Verspätet:	Rolf Graf-Ganz (ab Traktandum 3) Rolf Denzler (ab Traktandum 4)
Presse	Christian Brüttsch, AvU Eduard Gautschi, TA Oberland Frank von Niederhäusern, SDA Werner Frei, ZO/AvU Stefan Hotz, NZZ

Der Präsident begrüsst alle Anwesenden und insbesondere die Zuschauer auf der Tribüne.

Es erfolgt der Namensaufruf durch die Parlamentssekretärin.

Änderung Traktandenliste/Tagesordnung

Es wird keine Änderung der Traktandenliste verlangt.

Persönliche Erklärungen:

Werner Kessler

Persönliche Erklärung zur Buslinie 816

*Werte Kolleginnen u. Kollegen
Werte Damen und Herren*

Dass der Stadtrat und das Bauamt unsere Ablehnung gegenüber der Busschlaufe 816 in unser an sich geschlossenes Wohnquartier Guldenenstr. ernst genommen haben, freut uns.

Das der Anwohner der Rietackerstrasse für die 2. Variante der Busschlaufe Rekurs eingelegt hat, lag wohl auch an der unüberlegten Umsetzung ohne die vorschriftsgemässe Ausschreibung, die Mittlerweile erfolgt ist.

Doch auch diese Variante wird auf weitere Ablehnung stossen, da grosse Gefahrenherde für Fussgänger lauern und es sich um ein Provisorium auf 3 Jahre handelt mit Kosten von über 50 000.—Franken.

Mit einem Kreisel an der Sonnenbergstrasse könnte man beide Wohnquartiere mit einer salomonischen Lösung entlasten, der Verkehr auf der Sonnenbergstr. könnte beruhigt werden und für die Fussgänger entstünden 2 Fussgängerstreifen mit Verkehrsinseln. Ein Strassenbauingenieur, den ich beigezogen habe, hat mir vor Ort die problemlose Umsetzung bestätigt mit denselben Kosten von 50 000.—, wie für die unnütze Busschlaufe Rietackerstrasse, die mit Rekursen weiter verzögert wird.

Wir vom Komitee gegen die Busschlaufe Guldenenstr. sind aber keinesfalls gewillt, die Lärm- und Abgasbelastung weiter zu tolerieren mit 74 Fahrten pro Tag von 5 Uhr 30 bis Mitternacht. Durch die Einsparung der 14 000 km pro Jahr durch unser Quartier liesse sich der Kreisel schon in 5 Jahren amortisieren.

Viele Busfahrer, mit denen ich gesprochen habe, haben ihren Unmut geäussert, dass es ihnen nicht Wohl ist, dass sie in unserem Quartier wenden müssen.

Es hat sich auch gezeigt, nachdem ich 2 Busfahrer mit je einem 2 u. 3 Achser gebeten habe, die Schlaufe auf der Sonnenbergstrasse zu fahren, dass dies ohne Probleme möglich ist.

Warum also nicht die einfachste Lösung mit einem provisorischen Kreisel kurzfristig umsetzen anstatt wegen der Busschlaufe Rietackerstrasse monatelange Rekurse mit kostspieligen Streitereien auf Kosten der Steuerzahler in Kauf nehmen.

Zum Abschluss möchte ich nochmals mit aller Deutlichkeit darauf hinweisen, dass wir Ein- und Anwohner vom Guldenenquartier uns nach Ablauf der 30 tägigen Frist weitere Schritte vorbehalten, da sich die Wohnqualität durch die Busschlaufe schon arg verschlechtert hat und wir diesen Sachverhalt nicht länger dulden werden.

Werner Kessler

Werner Egli

Persönliche Erklärung betreffend der Behandlung von Geschäften im Gemeinderat von Uster

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren

Zur 31. Sitzung des Gemeinderates der Legislatur 06/10 sind wir fristgerecht eingeladen worden. Auf der Traktandenliste sind zehn Geschäfte enthalten. Unter anderem wird als letztes Traktandum die Leistungsmotion Thalman Nr. 576 aufgeführt. Der Motionär hat diesen parlamentarischen Vorstoss am 21.1.2009 verfasst. Den Motionstext haben wir jedoch erst zusammen mit der Einladung zur

Gemeinderatssitzung erhalten. Er wurde uns (dem GR) am 28.1.2009 nachmittags per email versandt. Die schriftliche Version (via Postweg) lag dann am 29.1.2009 respektive 30.1.2009 in den Briefkästen.

Bereits

6 Werktage später soll nun dieses Geschäft abschliessend im GR behandelt werden!

Dieses Vorgehen seitens der Geschäftsleitung und **insbesondere des Gemeinderatspräsidenten** kann so nicht mehr toleriert werden! Bereits verschiedentlich haben wir darauf hingewiesen, nach welchem Prozedere und mit welchen Fristen eingehende Geschäfte und Vorstösse behandelt werden müssen. Alt Gemeinderatspräsident Werner Hürlimann hat in seinem Präsidialjahr genau zu diesem Thema eine Uebersicht erstellt und klare Vorgaben gesetzt. Diese scheinen aber bei der aktuellen Geschäftsleitung nicht mehr bekannt zu sein.

Es kann doch nicht angehen, dass wir innerhalb von kürzester Frist über eine Motion zur „strategische Boden- und Immobilienpolitik“ in Uster verhandeln und abstimmen müssen.

Das ist einfach unseriös. Es ist auch nicht fair gegenüber dem Einsender. Ich gehe ja mal davon aus, dass sich der Motionär Thalmann mit diesem Vorstoss etwas überlegt hat. Wieviel er hier überlegt hat, da können wir uns sicher noch streiten – aber er hat damit sicher seine Zeit eingesetzt und einen entsprechenden Aufwand innerhalb seiner Fraktion betrieben.

Einmal mehr rufe ich sie auf, den Ratsbetrieb nicht zum Kopfnicker- oder Kopfschwenkergremium zu degradieren. Ratsarbeit bedarf ihrer seriösen Vorbereitung. Was uns in letzter Zeit jedoch teilweise unter enormen Zeitdruck vorgesetzt wird, ist unserer Arbeit einfach unwürdig.

Besten Dank für ihre Kenntnisnahme.

Werner Egli, Gemeinderat der
SVP/EDU-Fraktion Uster

Der Vorsitzende nimmt dazu Stellung: Es sollte dem Stadtrat die nötige Zeit gegeben werden, um sich bei Überweisung der Leistungsmotion genügend lange damit auseinander setzen zu können. Deshalb wollte man sie nicht einen Monat zurückbehalten und sie erst auf die März-Sitzung traktandieren.

Fraktionserklärung:

Werner Egli:

Fraktionserklärung der SVP/EDU betreffend Einladung zur Orientierung über das Projektaudit Schulhaus Krämeracker

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren

Bekanntlich weist das Gemeindegesetz die Aufsicht über die Gemeindeverwaltung dem Gemeinderat zu. Wir dachten bisher, dass dies auch in Uster so gültig ist.

Bei der kürzlichen Diskussion um die Einführung einer PUK betreffend Schulhausneubau Krämeracker wurde von den Gegnern der PUK argumentiert, dass für eine Untersuchung oder zumindest eine Analyse der Umstände rund um den Projektabbruch die Sachkommissionen und die RPK zuständig seien.

Nun erhalten wir von der Primarschulpflege eine Einladung zur Orientierung über das Projektaudit, welcher am 10.2.2009 stattfinden wird. Hier werden wir sicher möglichst vollständig zugegen sein.

Zusätzlich wird der Gemeinderat eingeladen, pro Fraktion ein Mitglied in eine neuzubildende Arbeitsgruppe zu stellen – eine Arbeitsgruppe bestehend aus Vertretern der PS, des Stadtrates und des GF Liegenschaften. Dieser Einladung hingegen werden wir ganz sicher nicht Folge leisten. Die PS hat scheinbar einmal mehr nicht zur Kenntnis genommen haben, was nun genau Sache ist. Dies scheint auch beim Gemeinderatspräsidenten der Fall zu sein – versendet er doch am 5.2.2009 ein gar spezielles Mail mit einem Auswahlangebot à la „jekami“ von verschiedenen Abklärungsmöglichkeiten.

Die SVP/EDU Fraktion, welche deutlich die Einführung der PUK gefordert hatte (danke an die Grünen für die damalige Unterstützung), verlangt nun klar und deutlich, dass die zuständige Geschäftsleitung des GR ihres Amtes wirkt und die zuständigen Kommissionen in die Pflicht nimmt und klare Aufträge erteilt. Zudem verlangen wir, dass der Auditbericht ab 10.2.2009 dem ganzen Gemeinderat schriftlich vorgelegt wird.

Besten Dank für die Kenntnisnahme.

*Werner Egli
SVP/EDU-Fraktion GR Uster*

Der Vorsitzende nimmt dazu Stellung: Man wollte transparent informieren, das Mail mit dem Antrag Nr. 297 war für die GL-Mitglieder bestimmt, für den GR als Information.

1 Mitteilungen

In der Aktenaufgabe liegen auf:

- Rücktrittsgesuch Werner Hürlimann
- Projektvorstellungen Hallenbad Buchholz
- Auditvorstellung Schulhaus Krämeracker

Zur Information: Die RPK-Mitglieder treffen sich im Anschluss an diese Sitzung für eine kurze Sitzung im Zusammenhang mit der externen Revisionsvergabe.

2 Protokollabnahme

Das Protokoll der 30. Sitzung des Gemeinderates vom 19. Januar 2009 ist rechtzeitig aufgelegt. Beanstandungen sind keine eingegangen. Das Protokoll gilt im Sinne von Art. 53 Ziff. 4 der Geschäftsordnung als genehmigt.

**3 Antrag des Stadtrates betreffend Zweckverband Spital Uster
Statutenrevision
Antrag an die Zweckverbandsgemeinden
(Antrag Nr. 286)**

Für die Kommission KSG referiert **Julia Amherd**.

Sehr geehrter Präsident, geschätzte Anwesende

Über den vorliegenden Antrag des Stadtrates betreffend Zweckverband Spital Uster, Statutenrevision, Antrag an die Zweckverbandsgemeinden wurden wir anlässlich einer Sitzung der Kommission Soziales und Gesundheit von Stadträtin Esther Rickenbacker ausführlich informiert.

Zusammenfassend die wichtigsten Änderungen der Statuten des Zweckverbandes:

17 politische Gemeinden bilden den Zweckverband Spital Uster im Sinne des Gemeindegesetzes. Der Zweck des Verbandes bestand bisher darin, das Spital Uster sowie das Krankenhaus Rotacher in Dietlikon zu betreiben. Am Zweckverband Spital Uster sind alle 17 Gemeinden beteiligt, am Krankenhaus Rotacher deren nur 8. Die Führung beider Betriebe unter gleicher Trägerschaft hat sich in den letzten Jahren nicht bewährt. Deshalb werden neu die Statuten nur noch auf das Spital Uster ausgerichtet sein. Für das Krankenhaus Rotacher wird von den interessierten Gemeinden eine neue eigenständige Trägerschaft gebildet werden. Die Stadt Uster wird keine Trägerin mehr sein. Gemäss dem Artikel 93 der neuen Kantonsverfassung sind die Zweckverbände demokratisch zu organisieren. Das fakultative Referendum wird den heutigen Anforderungen angepasst und es wird neu ein Initiativrecht geschaffen. Die Rechte der Stimmberechtigten des Zweckverbandes werden somit gestärkt.

Die Rechtsform einer AG wurde vom Verwaltungsrat des Spital Usters geprüft. Da sich die öffentlich-rechtliche Trägerschaft in der Vergangenheit sehr bewährt hat, sieht er zum jetzigen Zeitpunkt keinen Grund zur Änderung. Ziel ist es, möglichst BürgerInnen- nahe zu arbeiten. Um dabei die rasche Handlungsfähigkeit des Spitals zu gewährleisten werden dessen Finanzkompetenzen, wie unter Art. 24, Absatz h, l und Art. 25, Absatz g dargelegt, erweitert.

Ein Delegierter oder eine Delegierte war bis anhin ein Arzt oder eine Ärztin. Weil die Bindung an den Berufsstand nicht rechtens war, wurde dieser Passus gestrichen. Die ärztliche Person ist künftig in beratender Funktion tätig, ohne Stimmrecht.

Die Kommission bemängelte, dass im Artikel 4, unter „Verbandszweck“ keine qualitativen Ziele enthalten seien und dass unter Art.5 „Aufgabe des Spitals“ die Ausbildung von Personal nur als „kann“ Option steht und nicht verbindlich ist.

Es ist begrüssenswert, dass die politischen Gremien der Einzugsregion weiterhin Einfluss nehmen können, was im Anbetracht der Wichtigkeit des Leistungsauftrages und der Bedeutung des Spitals als Arbeitgeber, als wichtig erachtet wird.

Die meisten Zweckverband Gemeinden haben den neuen Statuten bereits zugestimmt. Uster sollte sich dem anschliessen. Die KSG empfiehlt den vorliegenden Antrag Nr. 286 zur Annahme.

SP- Fraktionsreferat

Das Spital ist für Uster wichtig- wichtig weil es einer der grössten Arbeitsgeber der Region ist- wichtig weil dort Kinder zur Welt kommen, wichtig weil wir dort medizinisch- pflegerisch betreut werden- sollten wir es brauchen und wichtig weil dort junge Menschen ausgebildet werden.

Dieser Wichtig- Bau erhält eine neue tragende Säule:

Dank der neuen Kantonsverfassung muss der Zweckverband demokratisiert werden- wer wäre glücklicher über diesen Entscheid als wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten? Die Einführung des Referendums- und des Initiativrechts gibt den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern der Zweckverbands- Gemeinden Möglichkeiten sich aktiv mit zu beteiligen an der Ausgestaltung ihres Schwerpunktespitals. Neben der Mitsprache und Mitfinanzierung des Kantons, wird in Zukunft auch die Bevölkerung der 17 Gemeinden diese Rechte- neben der Pflicht der Mitfinanzierung notabene, innehaben.

Eine bestehende Säule wird renoviert:

Dass der Verwaltungsrat des Spital Usters sich für das Beibehalten eines Zweckverbandes ausgesprochen hat, ist lobenswert! In unsicheren wirtschaftlichen Zeiten wie wir sie momentan erleben, wäre es unsinnig sich ausgerechnet für den Aktiengesellschaftsweg zu entscheiden. Besonders dann wenn nach eingehender Prüfung gesagt werden kann, dass das bestehende Gebilde seit über 10 Jahren effizient und effektiv funktioniert. AGs haben ihre Berechtigung- zugegeben Aktien sind momentan etwas ausser Mode- ob sie eine passende Rechtsform für soziale Einrichtungen wie Spitäler, Pflegeheime oder gar Schulen sind, bezweifle ich. Den Gewinn lässt sich mit kranken und pflegebedürftigen Menschen auf diesem Weg kaum erzielen. Zumindest ist es mir noch nicht zu Ohren gekommen wie das unter Einhaltung ethisch- rechtlicher Richtlinien gehen sollte. Ein öffentliches Spital wie unser Spital ist gut bedient mit der bestehenden Organisationsform des Zweckverbandes- Volk und politische Gremien sind in der Verantwortung!

Dem renovierten Gebilde des Zweckverbandes stimmt die SP- Fraktion zu.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 32 : 0 Stimmen

- 1. Von der Statutenrevision des Zweckverbandes Spital Uster wird zustimmend Kenntnis genommen.**
- 2. Von der Übergangsregelung wird zustimmend Kenntnis genommen.**
- 3. Mitteilung an den Stadtrat.**
- 4. Mitteilung an die Verbandsgemeinden Spital Uster (17)**

**4 Antrag des Stadtrates betreffend Städtebauliches Entwicklungskonzept "Zeughausareal Zentrum", Uster
Bericht über den Stand der Arbeiten und weiteres Vorgehen
(Antrag Nr. 282)**

Für die Kommission KPB referiert **Balthasar Thalmann**.

*Herr Präsident,
Geschätzte Anwesende*

Sie können aus der Traktandenliste erahnen, dass ich heute noch einige Male an diesem Rednerpult die Sache zum Besten geben werde. Es ist für mich aber eine Ehre, dass ich mit diesen Worten die offizielle politische Diskussion über die Zukunft über das Zeughausareal hier im Gemeinderat eröffnen darf. Wir werden in den nächsten Jahren noch einige Male hier in diesem Saal darüber debattieren dürfen. Wir stehen nämlich am Anfang eines langen Prozesses, eines Prozess, der letztlich zu einer neuen Nutzung und wahrscheinlich auch zu einem neuen Gesicht des Zeughausareals führen wird. Was mit diesem Areal in Zukunft geschieht, ist für Uster von ganz entscheidender Bedeutung. Der Stadtpräsident hat in den letzten Jahren denn auch mehrmals gesagt, dass die Ustermer Bevölkerung in 20 Jahren uns Politikerinnen und Politiker daran messen würden, was wir mit dem Zeughausareal, dem Stadthofsaal und dem Zentrum im allgemeinen erreicht haben.

Der Stadtrat hat uns deshalb mit dem vorliegenden Antrag einen Vorgehensvorschlag betreffend einem städtebaulichem Entwicklungskonzept „Zeughausareal Zentrum“ vorgeschlagen. Ich werde versuchen, das Konzept selber und vor allem auch die Diskussion, welche wir in der KPB in zwei Sitzungen geführt haben, darzulegen. Der Stadtrat schlägt 5 Planungs- und Entscheidungsphasen vor, angefangen bei der Verabschiedung eines Kaufvertrags bis zum Vollzug des Gestaltungsplans und Ablösung der Zwischennutzung. Der Stadtrat möchte den Gemeinderat bei jeder Phase einbinden, nicht dass am Schluss des Prozesses plötzlich noch die Handbremse gezogen wird. Es ist wohl am verständlichsten, wenn ich Ihnen gleich für jede Phase die Idee dahinter und die darüber geführte Diskussion vorstellen werde.

Zur Phase 1:

Als erstes soll der Gemeinderat einem Kredit zur Sicherung einer Hälfte des Areals zustimmen. Damit gibt er auch das Planungseinverständnis für die Entwicklung des Zeughausareals. Mit dieser Zustimmung zum Kaufvertrag mit der armasuisse soll die Stadt Uster zu einer gleichwertigen Partnerin für den Planungsprozess werden. Der Kaufvertrag fällt dahin, wenn nicht bis Ende 2014 ein rechtskräftiger Gestaltungsplan vorliegt. Wohlverstanden, diese Frist kann im gegenseitigen Einvernehmen verlängert werden.

In der KPB hat diese Phase die heftigste Diskussion ausgelöst. Es wurde nämlich der Antrag gestellt, dass der Stadtrat vor dem Vorlegen des erwähnten Kaufvertrags gemeinsam mit der armasuisse die Option „vollständiger Kauf durch die Stadt Uster, mit allfälliger Mehrwertabschöpfung durch die armasuisse“ prüft und dem Gemeinderat beide Möglichkeiten zur Abstimmung unterbreitet. Die Kommission hat mit 4:3 Stimmen beschlossen, diesen Antrag dem Gemeinderat zu unterbreiten. Der Antrag wurde wie folgt begründet: das Zeughausareal ist von strategischer Bedeutung für die Stadt Uster. Wenn nun die Stadt alleinige Grundeigentümerin ist, kann sie freier über die gewünschte Nutzung und die Planung entscheiden. Bis jetzt wurde noch nie in Betracht gezogen, das ganze Areal zu kaufen. Bei einem so wichtigen Areal sei es durchaus legitim, wenn der Gemeinderat verlangt, dass auch diese Option geprüft wird. Erst dann kann ein politischer Entscheid gefällt werden, ob man bereit ist diesen oder jenen Betrag zu bezahlen. Die Mehrheit der Kommission konnte sich dieser Argumentation anschliessen. Der zuständige Stadtrat hat die Kommission jedoch gebeten, die laufenden Vertragsverhandlungen nicht zu gefährden. Zudem sei kein Bedarf ausgewiesen, dass die Stadt Uster das ganze Areal nutzen könne. Die Minderheit der Kommission war zudem der Ansicht, dass eine optimale Nutzung nicht von der Grundeigentümerschaft abhängt. Falls der Gemeinderat heute dem Kommissionsantrag folgt, kann er erwarten, dass ihm als nächstes zwei Kaufvarianten unterbreitet werden: einerseits den Kauf der Hälfte wie vom Stadtrat beantragt und andererseits den Kauf des ganzen Grundstücks. Dieser Entscheid ist Voraussetzung für das weitere Vorgehen.

Phase 2:

In der Phase 2 soll im Rahmen einer Testplanung ein Nutzungskonzept für das ganze Areal erarbeitet werden. Möglich ist beispielsweise, dass ein Kultur- und Tagungszentrum realisiert wird. Die Machbarkeit eines solchen Vorhabens wird derzeit vom Wirtschaftsforum geprüft. Die Frage, wo ein neuer Saal als Ersatz des heutigen Stadthofsaals realisiert wird, ist eine Schlüsselfrage. Heute Abend entscheiden wir aber noch in keiner Art und Weise über die Nutzung. In der Kommission wurden diesbezüglich bereits verschiedene Stossrichtungen geäussert. Als erstes ist zu erwähnen, dass einige Mitglieder der Meinung waren, dass vor einem Entscheid über die Nutzung des Zeughausareals auch klar werden müsse, was mit dem Stadthofsaal konkret geschehen soll. Es sei auch zwingend, dass bei der Erarbeitung des Entwicklungskonzept die ganze Entwicklung des Zentrums betrachtet werden müsse. Was richtig und sinnvoll sei, müsse nicht nur aus Sicht Immobilienökonomie sondern vor allem auch aus Sicht Städtebau beurteilt werden. Weiter wurde mit einem Votum auch darauf hingewiesen, dass – falls es Wohnungen auf dem Areal gibt – diese nur von Genossenschaften realisiert werden sollen. Denn es werde immer schwieriger, dass Familien in Uster noch zahlbaren Wohnungsraum mit einer anständigen Qualität finden. Der Stadtrat beabsichtigt offenbar, diese Frage zum Nutzungsmix noch diese Legislatur zu klären. Er sieht auch vor, dass für diese Phase ein „Echoraum“ geschaffen wird, in welchem Vertretungen von

Politik, Wirtschaft, Bevölkerung und Kultur sitzen und welcher den Prozess begleitet. Von einzelnen Kommissionsmitgliedern wurde dieser Zeitplan als sehr sportlich betrachtet.

Das nach der Phase 2 vorliegende Nutzungskonzept bildet den Eckpfeiler für die weitere Gebietsentwicklung. Es wird vom Gemeinderat verabschiedet.

Phase 3:

In der Phase 3 soll ein Wettbewerb durchgeführt werden. Zur Zeit ist noch nicht klar, ob es sich dabei um einen Architektur-, einen Planer- oder einen Investorenwettbewerb oder gar alles zusammen handelt. Jedenfalls soll damit eine Bauträgerschaft für kleinere oder grössere Teilgebiete gefunden werden. Und es soll dann auch klar werden, was wieviel kosten wird bzw. wieviel das Land wert hat. Über die Wettbewerbsresultate wird der Gemeinderat in Kenntnis gesetzt.

Phase 4:

Die Resultate des Wettbewerbs werden in der Phase 4 in einen massgeschneiderten Gestaltungsplan umgegossen werden. Der Entscheid über diesen Gestaltungsplan hat rechtssetzenden Charakter. Erst mit diesem Planungsinstrument kann ermöglicht werden, dass auf dem Zeughausareal andere Nutzungen als öffentliche zugelassen werden dürfen. Gegen einen Gestaltungsplan kann einerseits das Referendum ergriffen werden und andererseits auch rekurriert werden. Diese Phase kann also durchaus als pièce de resistance bezeichnet werden.

Phase 5

Die 5. und letzte Phase umfasst den Vollzug des Kaufvertrags – sofern die Stadt das Areal nicht schon früher vollständig erworben hat. Und diese Phase umfasst letztlich die konkrete Umsetzung der während des ganzen Prozesse vorbereiteten Ideen. Dies wird dann auch der Zeitpunkt sein, wo Zwischennutzungen allenfalls zur Disposition gestellt werden müssen.

Falls Sie den Anfang des vorgeschlagenen Vorgehens schon wieder vergessen haben, fasse ich die wichtigsten Punkte zusammen.

In der ersten Phase muss der Gemeinderat über den Kaufvertrag entscheiden. Die KPB beantragt dem Gemeinderat, dass zwei Optionen vorgelegt werden: den Kauf der Hälfte des Areals und der Kauf des gesamten Areals.

In der 2. Phase soll ein Nutzungskonzept erarbeitet werden. Der Prozess soll von einem „Echoraum“ begleitet werden. Das Nutzungskonzept wird vom Gemeinderat verabschiedet.

In der 3. Phase wird ein Wettbewerb durchgeführt.

Die 4. Phase umfasst die Erarbeitung des Gestaltungsplans, welcher Voraussetzung ist, dass auf dem Areal überhaupt etwas anderes als öffentliche Nutzungen realisiert werden können.

Die Phase 5 umfasst die Umsetzung und letztlich die allfällige Ablösung der Zwischennutzung.

Zum Zeitrahmen: Nach Vorstellungen des Stadtrats soll das Nutzungskonzept noch diese Legislatur verabschiedet werden. Bis Ende 2014 soll der Gestaltungsplan rechtskräftig werden.

Die Mehrheit der KPB ist der Meinung, dass dieses Vorgehen richtig und wichtig ist. Sie beantragt dem Gemeinderat mit 5:2 Stimmen, das vom Stadtrat vorgelegte Vorgehen inkl. den ergänzten Antrag „Option Kauf ganzes Areal prüfen“ anzunehmen.

Besten Dank.

Balthasar Thalmann

Simone Michel

Grundsätzlich verlangen wir Grünen, dass als Alternative geprüft wird, das ganze Areal als Zone öffentlicher Bauten zu lassen und so zu kaufen, weil 1. gemischte Nutzung Probleme z.B. von Lärmklagen mit sich bringt und 2. die Stadt Uster so alleine bestimmen kann, wie das Gebiet sog. entwickelt wird.

Begrüssenswert ist bei dieser Vorlage vor allem, dass der SR sich nach jeder Planungsphase wieder dem GR stellt:

Stimmt in Phase 1 der GR dem Kaufsvertrag zu, wird Phase 2, die Nutzungskonzepterstellung eingeleitet. Das Endprodukt, also das fertige Nutzungskonzept, wird dann wieder dem GR vorgelegt und erst bei einer Zustimmung wird ein öffentlicher Wettbewerb für ein Baukonzept eingeleitet werden.

Somit kann unabhängig davon, wie lange die Debatte um die unterschiedlichen Nutzungsvorstellungen und die konkrete Umsetzung dauern wird, ein grundsätzlicher Entscheid für den Kauf des im Zentrum Uster gelegenen, 26 132 m² grossen Grundstückes eingeleitet werden.

Soweit so gut.

Wer jedoch genauer hinschaut, wird feststellen, dass dieser lineare Zeitplan mit schön voneinander trennbaren Phasen nicht ganz stubenrein ist. Dazu nochmals kurz zu den Infos aus der Kommission bezüglich Verhandlungen zwischen Uster und der armasuisse:

Um am Ende der Phase 1 dem GR einen Verkaufsvertrag präsentieren zu können, musste der SR mit der armasuisse um den Verkaufspreis pro m² Land feilschen. Verständlicherweise ist es Wunsch bzw. Auftrag der armasuisse, aus dem Verkauf der Liegenschaft grösstmöglichen Gewinn zu erzielen. Deshalb ist sie nur bereit, der Stadt Uster denjenigen Teil des Landes für einen Quadratmeterpreis für öffentlich genutzte Bauten abzugeben, welchen Uster auch dafür verwendet.

Grundsätzlich verlangen wir Grünen, dass als Alternative geprüft wird, das ganze Areal als Zone öffentlicher Bauten zu lassen und so zu kaufen, weil 1. gemischte Nutzung Probleme z.B. von Lärmklagen mit sich bringt und 2. die Stadt Uster so alleine bestimmen kann, wie das Gebiet sog. entwickelt wird.

Die Abteilung Bau der Stadt Uster ist hingegen nicht davon ausgegangen, dass der GR unabhängig von der späteren Nutzung das ganze Areal kaufen möchte. Also wurde bei den Verhandlungen mit der armasuisse versucht, mit der ihrer Meinung nach grösstmögliche Fläche für öffentliche Bauten zu pokern, um so viel Land wie möglich rel. günstig zurück zu kaufen. Unlogischerweise sind in dem so entstandenen, sich noch in der Schwebe befindlichen Vertrag über die Hälfte des Landes 50% für öffentliche Nutzung und 50% für Wohnungsbau ausgehandelt worden. Was ist bei Wohnungsbau an öffentlichem Nutzen vorhanden? Werden subventionierte Wohnungen angestrebt?

Wie auch immer, klar wird, dass bei den Vertragsverhandlungen der Phase 1 über mögliche künftige Nutzung (also Phase 2) verhandelt wurde, damit die armasuisse überhaupt ja gesagt zu einem rel. tiefen Kaufpreis. Es wird und also eine 2 für eine 1 vorgemacht. Bei der Nachfrage in der Kommission wurde mir lediglich geantwortet: „Was für die Aushandlung des Landpreises in die Waagschale geworfen wurde, ist Sache der Vertragsverhandlung.“ Unverständlich für mich, wie schnell wir zu vergessen scheinen. Schon vergessen, dass für stadträtlichen Antrag Nr. 77 aus dem 2007 „Entlassung der Grundstücke östlich der Braschlergasse aus dem Plan der öffentlichen Bauten und Anlagen“ die Abteilung sehr genau aufgelistet hat, welchen Bedarf und wo genau die Stadt Uster für öffentliche Bauten und Anlagen hat. Für die hier zur Debatte stehende Vorlage scheinen solche Erwägungen nicht mehr transparent gemacht werden, da ich hoffe, dass sie durchaus gemacht wurden und ganz klar wurden einige Überlegungen gegenüber der armasuisse transparent gemacht...

Sehr unbefriedigend und nur wieder gut zu machen, dadurch, dass die Inhalte nachgeliefert werden und dass ganze, strategisch wichtige Land erworben wird.

Wird der Änderungsvertrag zu Gunsten einer Prüfung des Kaufes des ganzen Areals abgelehnt, lehnen wir den hier vorliegenden Antrag ab.

Für die Grünen, Simone Michel

Benno Scherrer

Jetzt wird es konkret.

Erstmals können wir im Parlament zum Zeughausareal Stellung beziehen. Das ist hoch erfreulich. Das Zeughausareal hat sich bereits langsam mit Leben zu füllen begonnen. Verschiedene Anlässe haben hier stattgefunden und sind auf Anklang gestossen

Von interessierten Personen sind Ideen und Konzepte eingebracht worden, eine Bar ist eingerichtet, ein Zirkuszelt steht, ein Druckermuseum ist kurz vor der Eröffnung.

Diese Ideen und Zwischennutzungen machen Sinn und zeigen das mögliche Potenzial des Areals auf – sind aber nur vorübergehende Lösungen.

Nun wird es mit dem vorliegenden Antrag des Stadtrates erstmals konkret. Heute befinden wir über das Vorgehen zum städtebaulichen Entwicklungskonzept „Zeughausareal Zentrum“.

Wir können – ja sollen – erstmals JA sagen.

Wir haben erstmals konkrete Resultate aus den Verhandlungen mit armasuisse erfahren.

Es gibt erstmals konkrete Termine und Vorstellungen zum Nutzungsmix.

Das Zeughausareal ist plötzlich nicht mehr einfach Projektionsfläche für alle möglichen Visionen. Die ersten Enttäuschungen, weil man sich etwas anderes vorgestellt hat, dürfen aber nicht dazu verleiten, jetzt NEIN zu sagen. Denn jetzt geht es nicht darum zu sagen, wie wir den Nutzungsmix setzen würden, oder wo lieber einen anderen Akzent anders gesetzt hätten.

Es geht ganz profan um die Zustimmung zu einem Vorgehen.

Es geht ja noch nicht einmal um die Zustimmung zum Kaufvertrag – weder zum bereits ausgehandelten für die Hälfte des Areals – und nicht um einen eventuellen Kauf des gesamten Areals. Uns interessiert, wie viel das gesamte Areal kosten würde. Wenn wir das wissen, haben wir eine echte Wahl. Das kommt alles in einer der nächsten Sitzungen. Wir werden dieser Roadmap jedenfalls zustimmen – unabhängig davon, ob der Kommissionsantrag obsiegt oder nicht.

Wir haben noch vier Mal die Gelegenheit hier im Rat, JA oder Nein zu sagen und uns verlauten zu lassen.

Es werden immer relativ kleine Schritte sein, zu denen wir Position beziehen müssen – das klärt vieles, und unsere Zustimmung oder Ablehnung soll sich wirklich immer auf den konkreten Antrag beziehen. Daher wollen wir nicht jetzt kritisieren und wünschen.

Und dennoch: wann sollen wir unsere Ideen einbringen?

Den grosszügigen Platz zum Beispiel, die Piazza, die sich mit Leben füllen kann (eine klar öffentliche Nutzung...), Raum für Gewerbe, Raum für Wohnen, intelligent angeordnet, so dass sich die Nutzungen nicht stören, dass wir wirklich einen städtebaulichen Wurf und nicht einfach eine 08.15 Wohnsiedlung haben...

Die Gefahr besteht dass wir immer einen Schritt zu spät zu sind – und den stadträtlichen Anträgen nur noch zustimmen zu können. Partizipation ist unabdingbar, Partizipation benötigt Zeit und beides muss der Stadtrat der Bevölkerung und uns hier im Rat geben. Nur so können Lösungen gefunden werden die von uns und der Bevölkerung mitgetragen werden und so zu starken Ergebnissen führen.

Nach dem Zellwegerareal öffnet sich nun auch die zweite „verbotene Stadt“ in der Stadt – und auch hier hat Uster eine grosse Chance ein grosses, zentral gelegenes Areal aus einer auslaufenden Nutzung des 20. Jahrhunderts in die Gegenwart und in die Zukunft zu überführen.

Sagen sie also mit der GLP/EVP-Fraktion JA zu diesem Antrag.

Jonas Schmid

Matthias Bickel

Sehr geehrte Präsidenten, geschätzte Anwesende

Die FDP/CVP-Fraktion findet das Vorgehen des Stadtrats richtig und wird dem vorliegenden Antrag somit zustimmen, den Zusatzantrag der Kommission Planung und Bau jedoch ablehnen.

Begründung:

- 1) Wir begrüssen es, dass die Stadt eine aktive Rolle übernommen hat. Das Zeughaus-Areal ist städtebaulich von sehr grosser Bedeutung und bietet eine einmalige Chance für unsere Stadt.*

- 2) *Die gesetzten Prioritäten machen Sinn: beim Zeughaus-Areal sollen primär städtebauliche und kulturelle Anliegen berücksichtigt werden; Wohnungsbau ist hingegen keine Kernaufgabe der Stadt.*
- 3) *Der Zeitplan ist ebenfalls vernünftig angesetzt, auch wenn er ambitiös bleibt, denn fünf Jahre sind schnell um. Doch es ist gut, wenn der Stadtrat am Ball bleibt und sich zum Ziel gesetzt hat, das Geschäft auf Ende der nächsten Legislatur abzuschliessen. Dies verschafft Planungssicherheit - auch für die armasuisse.*
- 4) *Des Weiteren finden wir es richtig, dass der Gemeinderat während des ganzen Projekts mit einbezogen ist und namentlich zu jeder Projektphase um seine Zustimmung gefragt wird.*
- 5) *Der Kommissionsantrag scheint uns reichlich spontan und unüberlegt! Der Stadtrat hat in harten Verhandlungen den vorliegenden Vertragsentwurf erkämpft, womit die Stadt in der nun folgenden Zusammenarbeit mit der armasuisse als gleichwertige Partnerin auftreten kann. Es wäre ein dummes Zeichen Richtung armasuisse, nun noch schnell eine neue Variante einzuschliessen und die vorhergehenden Verhandlungen somit in Frage zu stellen!*

*Uster, 9. Februar 2009,
Matthias Bickel.*

Hannes Rohner

Balthasar Thalmann ist erstaunt über die ablehnende Haltung der rechten Ratshälfte, liegt doch der Kommissionsantrag vor. Da keine Offerte auf dem Tisch liegt, kann doch auch nicht über den Preis gemutmasst werden. Den Antrag der Grünen lehnt er namens der SP-Fraktion ab, da heute noch nicht klar ist, was darauf gebaut wird.

Thomas Wüthrich ergreift das Wort und hinterfragt, weshalb der Antrag der Grünen abzulehnen sei. Nur wenn Uster auch die Option öffentliche Nutzung des ganzen Areals prüft, ist der entsprechende Preis ersichtlich. Es ist unklar, welche Liegenschaft auf dem Areal Platz fände: ein ziviler Werkhof, die Erweiterung Stadthaus? Eine Auflistung fehlt. Das Zeughaus-Areal ist eine strategische Landreserve und in 20 bis 30 Jahren ist klar, was man damit anfangen kann. Es muss heute alles gekauft werden, auch wenn heute noch nicht alles überbaut wird. Die Stadt verfügt über genügend flüssige Mittel, um das Areal zu kaufen. Er bittet um Unterstützung des KPB-Antrages und der Ergänzung um Beibehaltung in der Zone für öffentliche Bauten.

Werner Kessler wirft ein, dass ein Gesamtpreis von 11 bis 13 Millionen Franken umhergeistere.

Marianne Siegrist ist der Ansicht, der KPB-Antrag ist recht naiv, denn der Stadtrat hat 2 Jahre zäh mit armasuisse verhandelt, um überhaupt die Hälfte des Areals erwerben zu können. Sie unterstützt eine Ablehnung des Antrages.

Stefan Feldmann zeigt sich erstaunt über die Argumentation gegen den Antrag, sonst verlangt die bürgerliche Seite auch stets nach Optionen. Es geht hier wirklich nur um die Forderung nach Optionen, nicht um die Forderung, alles zu kaufen. Und zu den Grünen: Die Voten sind nicht nachvollziehbar. Dass man will, alles soll beim Alten bleiben, dabei kann in der Phase Gestaltungsplan ja alles wieder über den Haufen geworfen werden.

Thomas Wüthrich präzisiert, es geht darum, dass armasuisse kein so hoher Preis verlangen kann und es gibt damit auch eine dritte Option: Verhandlungsposition „alles belassen in der Zone öffentliche Bauten“.

Thomas Kübler zeigt sich erfreut, dass das Zeughausareal *das* Entwicklungsgebiet ist, es lässt niemanden kalt. Die Sammlung über Nutzungsideen ist komplett. An die Adresse von Werner Kessler: Der Preis für das ganze Areal war noch nicht Vertragsinhalt. Er macht Ausführungen zu Phase 1. Man hat sich mit Armasuisse auf den Kauf der Hälfte geeinigt und nicht über mehr. Armasuisse möchte einen maximalen Ertrag erzielen. Der Antrag der Grünen ist an der Realität vorbei, es gibt dafür keine Verkäuferin. Zum Kommissionsantrag: Auch dafür fehlt die Verkäuferin. Wenn Armasuisse alles verkaufen wollte, dann nur zu einem Maximal-Ertrag. Zur Nutzung: Der Stadtrat wird die Entscheidungsgrundlagen aufarbeiten, damit der Gemeinderat eine Entscheidungsgrundlage hat zum Diskutieren (hinsichtlich dem Nutzungskonzept in Phase 2). Und noch zu den Grünen: Im Zusammenhang mit der Braschlergasse wurde nie über das Zeughausareal gesprochen.

Thomas Wüthrich: Uster hat die Planungshoheit über das Areal, dann kann auch nicht ein so hoher Preis erzielt werden. Rapperswil zum Beispiel konnte das Zeughaus zum Nutzungswert kaufen. Der Stadtrat hat selber die Möglichkeit wahrgenommen, auf den Preis für diese Zone für öffentliche Bauten Einfluss zu nehmen.

Daniel Hunziker meint, partizipieren heisst, sich in jeden Schritt einbeziehen.

Heinz Wolfensberger ergreift das Wort. Die Verhandlungen mit Armasuisse dauern seit 2005. Armasuisse ist nicht die Verkäuferin, die an Uster verkaufen will. Sie sind nicht gekommen, um zu entwickeln. Der Bund möchte so wenig wie möglich an Uster verkaufen. Es braucht vier Essentialia, damit ein Kaufvertrag zustande kommt: Verkäufer, Käufer, Kaufgegenstand, Preis. Wir haben nur den Käufer, der Rest fehlt. Die Verhandlungen liefen zäh und man dachte nicht mehr mit dem Antrag in dieser Amtsdauer kommen zu können. Und: Die Stadt hat nicht die Aufgabe, Städtebau zu betreiben.

Stefan Feldmann widerspricht Heinz Wolfensberger. Auch der Käufer könnte fehlen. Und eben auch der Kaufpreis fehlt, deshalb geht es darum, eine bessere Grundlage zu liefern, damit das Projekt nicht zu einem späteren Zeitpunkt Schiffbruch erleidet.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Antrag der Grünen

Ergänzung Ziffer 1: ... oder weitere Option Belassung unter der Zone öffentliche Bauten...

Abstimmung über den Antrag Grüne

Der Gemeinderat beschliesst

mit 30 : 2 Stimmen

den Antrag abzulehnen.

Abstimmung über den Kommissions-Antrag

Der Gemeinderat beschliesst

mit 17 : 16 Stimmen

den Antrag abzulehnen.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 31 : 2 Stimmen

- 1. Das im Antrag formulierte Vorgehen betreffend städtebauliches Entwicklungskonzept «Zeughausareal Zentrum», Uster, wird genehmigt.**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat.**

5 Antwort des Stadtrates auf das Postulat der Ratsmitglieder Simone Michel und Werner Hürlimann betreffend Förderung lokaler ProduzentInnen (Antrag Nr. 551)

Für die Postulanten referiert **Simone Michel**. Sie führt namentlich aus, dass die Antwort enttäuschend ausfällt und beantragt einen Zusatzbericht.

Daniel Hunziker

Herr Präsident, geschätzte Ratskolleginnen und –kollegen

Der Stadtrat schätzt gemäss seiner Antwort lokale Produkte. Mehrheitlich werden diese bei Veranstaltungen aufgetischt und oder als Warenkörbe verschenkt. Dies zeige auf, dass der Stadtrat dem Grundsatz der Nachhaltigkeit nachlebt.

Die ist zusammengefasst die Antwort auf das Postulat von Simone Michel und Werner Hürlimann. Unser Erachtens eine sehr trockene Antwort ohne Herzblut, für ein Postulat, welches von 31 Gemeinderätinnen und Gemeinderäte an den Stadtrat überwiesen wurde!

Die Antwort vom Stadtrat beantwortet das Postulat korrekt, doch haben wir von der glp/evp Fraktion erwartet, dass der Stadtrat progressiver an die Beantwortung herangeht. Aufzeigt wo Verbesserungen und evt. eine Förderung von lokalen Produzenten und Produzentinnen möglich wäre. Für uns fehlt ganz klar ein Effort des Stadtrates. Fördern heisst weitergehen, Weiterentwicklung, doch in der Antwort wird der Status quo erläutert. Zufrieden mit dem erreichten darf man sein, doch Stillstand bedeutet Rückschritt.

In diesem Sinne erwarten wir, die glp/evp Fraktion, dass der Stadtrat in Zukunft nicht nur zurück blickt sondern auch in die Zukunft und lokale Produzenten und Produzentinnen wirklich fördert. „Ob dies auch zu einem Ustermer-Risotto führen kann, wird sich zeigen.“

Wir unterstützen den Zusatzantrag auf Ergänzungsbericht.

*Daniel Hunziker
Gemeinderat*

Petra Bättig

*Sehr geehrter Herr Gemeinderatspräsident
Sehr geehrte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte
Geschätzte Anwesende*

Zur Antwort auf das Postulat Nr. 551, betreffend ‚Förderung lokaler ProduzentInnen‘

Es soll kein Protektionismus betrieben werden. Wir schätzen es sehr, dass der Stadtrat eine einfache Antwort nicht unnötig verlängert.

Der Stadtrat bemüht sich heute schon lokale ProduzentInnen zu fördern. Mehr gibt es dazu offensichtlich nicht zu sagen. Vielen Dank.

Wir lehnen im Übrigen einen Ergänzungsbericht ab.

Für die Fraktion FDP/CVP:

Petra Bättig

Thomas Wüthrich wehrt sich gegen den Vorwurf, Protektionismus zu betreiben. Aber sonst soll ja auch das Uschtemer Gewerbe gefördert werden.

Werner Egli meint, die FDP verabschiedet sich heute als Gewerbeapartei, was er sehr bedauert.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 27 : 4 Stimmen

einen Ergänzungsbericht zu verlangen.

6 Ergänzungsbericht des Stadtrates zum Postulat Nr. 534 des Ratsmitglieds Werner Hürlimann betreffend Radweg nach Freudwil)

Der Postulant **Werner Hürlimann** referiert.

Referat Schulweg Freudwil

Werner Hürlimann

Herr Präsident , geschätzte Anwesende

Ich danke dem Stadtrat für den Ergänzungsbericht zum Radweg nach Freudwil. Ich hatte Gelegenheit, am 13. Oktober 2008 mit den Vertretungen des Dorfvereins Freudwil, des Planungsbüros, der Kantons- und der Stadtpolizei die Situation an Ort und Stelle zu besprechen. Dabei wurden die verschiedenen Lösungsmöglichkeiten diskutiert und das Machbare erarbeitet. Der Stadtrat hat darauf seine Meinung nochmals überprüft. Er hat das Ergebnis der damaligen Besprechung in den Ergänzungsbericht aufgenommen. Zudem wurden die Planungs- und Realisierungskosten in die Finanzplanung für die Jahre 2010 und 2011 aufgenommen. Ich hoffe, dass dieses Projekt auch in der vorgesehenen Art und entsprechend dem Zeitplan realisiert wird, bevor noch gravierende Unfälle passieren. Die Einwohnerinnen und Einwohner von Freudwil und sämtliche Benutzerinnen und Benützer der diese Verbindung sind dafür dankbar.

Damit ist mein Anliegen aufgenommen und ich bin mit dem Ergänzungsbericht einverstanden.

Marianne Siegrist

*Sehr geehrter Herr Gemeinderatspräsident
Geschätzte Anwesende*

Am 2. Juni im letzten Jahr hat die FDP/CVP den Vorschlag des Stadtrates, die Variante 3, unterstützt. Diese Variante hat den Ausbau der alten Freudwilerstrasse plus Waldweg beinhaltet. Bei dieser Variante war der Radweg klar von der Strasse getrennt, die Verkehrssicherheit also gegeben. Zudem war sie mit den geschätzten 500'000 - 750'000 Franken die kostengünstigste.

Die im Ergänzungsbericht vorgelegt Variante ist uns schlicht zu teuer. 2.2 Mio. sind unverhältnismässig für ein solch kurzes Stück Radweg.

Wir wünschen der Aussenwacht Freudwil, und vor allem ihren Schulkindern, eine sichere Verkehrsverbindung. Deshalb erwarten wir vom Stadtrat, dass er beim Vorlegen eines Projekts

nochmals über die Bücher geht und dem Gemeinderat eine kostengünstigere Variante vorlegen wird. Ich erwähne nochmals, wie schon in einem früheren Referat, die Blindenholzstrasse in Nossikon. Dort wurde eine sehr einfache Variante gefunden, um die Velo fahrenden Schulkinder zu schützen!

Die FDP/CVP Fraktion wird den Ergänzungsbericht ablehnen.

7. Febr. 2009

Für die FDP/CVP Fraktion

Marianne Siegrist

Benno Scherrer

Die Freudwiler wollen zu Recht eine sichere Verbindung für die Schülerinnen und Schüler nach Uster. Der Stadtrat hat drei Varianten geprüft – und vom Gemeinderat den Auftrag zu einem Ergänzungsbericht bekommen.

Statt der relativ günstigen Variante drei – der Waldabfahrt – wird nun die teure Variante 2 - in zwei Modellen - favorisiert. Beide beinhalten einen Radwegbau – eine massive Verbreiterung der Strasse – und damit auch der Schneise durch den Wald.

Wir werden diesen Ergänzungsbericht aus den genannten Gründen ablehnen

Mit dem von uns vorgeschlagenen Verkehrsregime ist diese Luxuslösung unnötig.

Eine Signalisation „Allgemeines Motorfahrzeugfahrverbot - Anwohner und Zubringerdienst gestattet“ wäre einfach zu realisieren, und müsste in der Anfangsphase ein paar Mal kontrolliert werden. Einen Polizisten vor und nach den Blockzeiten für je eine Stunde zur Kontrolle abzukommandieren wäre über Jahre, ja Jahrzehnte eine massiv günstigere und sinnvollere Lösung ...

Die Variante „Verkehr reduzieren – Strasse verschmälern“ – wurde, so wird gesagt, auch geprüft und verworfen. Die Begründung kann uns immer noch nicht überzeugen. Denn es waren Fachleute der Kantonspolizei, die eine ähnlich unübersichtliche Strasse in Illnau, mit zwei Seitenlinien optisch verengten. „Dank der Markierung soll die teilweise unübersichtliche, von Gehölz gesäumte Strasse im Kurvenbereich weniger zum Schnellfahren einladen.“ (Zitat TA 19. August 2008 im Zusammenhang mit der Bisikonstrasse bei Oberillnau nach dem Unfall vom 7. Juni)

Diese Massnahme ist sehr nahe beim von uns eingebrachten Verkehrsregime. Langsamere Verkehr ist sicherer Verkehr...

Es geht ja um eine Sicherung des Schulweges – und auch für eine Sicherung der schönen Veloverbindung für alle Ustermer.

Die Freudwiler selber sind die einzigen, die auf diese Strasse angewiesen sind. Sie kennen die Schülerinnen und Schüler – und werden entsprechend vorsichtig fahren. Sie erkennen auch – gerade bei einem Fahrverbot – Fahrzeuge rasch, die nichts im Wald zu suchen haben – und können so auch zur Sicherheit der Kinder im Wald beitragen.

Freudwil wird mit einem solchen Fahrverbot weder abgeschnitten noch wie befürchtet zu einem Museum.

Werner Hürlimann fragt, ob der vorgeschlagenen Weg durch den Wald denn sicherer ist für die Kinder. Fachleute vom Kanton haben verschiedene Varianten geprüft, Illnau hat jetzt auf der Bisikonstrasse einen grünen Streifen in der Mitte. Eine teure Variante.

Thomas Wüthrich

*Sehr geehrter Herr Präsident
Geschätzte Anwesende*

Grundsätzlich dürften die Grünen ja zufrieden sein, dass der Stadtrat den Veloverkehr so Ernst nimmt und ins Auge fasst, 2,2 Mio Franken für einen Radweg nach Freudwil auszugeben.

Trotzdem können wir Grünen nicht wirklich glücklich sein über die bevorzugte Variante. Sie bedeutet nämlich den Ausbau einer Strasse, die zusätzliche Versiegelung von unverbautem Boden, eine grössere Schneise durch den Wald, was aus naturschützerischer Sicht nicht erwünscht ist.

Ausgehend von der Idee unserer Grünliberalen Kollegen – die offenbar nicht realisierbar ist – möchten die Grünen eine weitere Variante beliebt machen. Eine Variante, welche sicher weniger als 2,2 Mio. Franken kostet, den Sicherheitsbedürfnissen der VerkehrsteilnehmerInnen und dem Naturschutz aber trotzdem Rechnung trägt.

Die Strasse soll grundsätzlich nur für AnwohnerInnen geöffnet bleiben. Die Kontrolle, dass nur Berechtigte die Strasse benützen, wird über eine Zugangssperre gewährleistet, sei dies in Form von versenkbaren Poldern oder Barrieren. Motorisierte Anwohner aus Freudwil erhalten eine Dauerkarte bzw. Zugangscodes für die Strasse. Ebenso würden öffentliche Dienste wie Feuerwehr oder Ambulanz und allenfalls auch Taxis damit versehen.

So ist der Kreis der BenutzerInnen eindeutig einzugrenzen, der Verkehr würde drastisch reduziert und damit die Sicherheit der Schulkinder gewährleistet und es müssten keine grossen baulichen Veränderungen vorgenommen werden. Es ist damit zu rechnen, dass die Investitionskosten bedeutend geringer ausfallen als im Moment zur Debatte steht.

Die Grünen beantragen deshalb einen weiteren Ergänzungsbericht, in dem diese Variante auf ihre Machbarkeit und auf die anfallenden Kosten überprüft wird.

Wir bitten Sie, im Interesse der Sicherheit der Freudwiler Kinder diesen Antrag zu unterstützen

Thomas Wüthrich, Gemeinderat Grüne

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 21 : 11 Stimmen

den Ergänzungsbericht gutzuheissen. Das Postulat ist damit erledigt.

7 Antwort des Stadtrates auf die Interpellation Nr. 555 des Ratsmitglieds Balthasar Thalmann betreffend «Interkommunale Zusammenarbeit»

Der Interpelland **Balthasar Thalmann** referiert.

*Herr Präsident,
Geschätzte Anwesende*

Der Stadtrat hat uns eine umfassende Antwort zu dieser Interpellation geliefert. Ich möchte diese eigentlich auch entsprechend würdigen. 5 Minuten reichen dazu aber nicht ganz aus. Ich wäre daher dankbar, wenn Sie mir eine Verlängerung der Redezeit um maximal fünf Minuten gewährten.

Der Gemeinderat beschliesst mit 16 : 15 Stimmen, diesem Begehren stattzugeben.

Sie mögen sich vielleicht noch erinnern, wie ich im Mai des letzten Jahres die Begründung der Interpellationsüberweisung abgeschlossen habe. Ich hatte sie gebeten, die Interpellation zu überweisen, damit wir eine Auslegeordnung und eine erste Skizze über die künftige interkommunale Zusammenarbeit der Stadt Uster kriegen.

Was der Stadtrat uns hier unterbreit hat, entspricht genau diesen Vorstellungen. Ich möchte ihm für diese Auslegeordnung ganz herzlich danken. Ich denke, dass diese Interpellationsantwort eine gute Basis ist, um im Gemeinderat über das Thema interkommunale Zusammenarbeit zu diskutieren. Ich bin erfreut, wie offen sich der Stadtrat für interkommunale Arbeit zeigt. Er hat erkannt, dass dieses Thema nicht nur für kleine sondern auch für grosse Gemeinden wichtig ist.

Die Auslegeordnung, welche wir auf dem Tisch haben, listet knapp 70 Formen von interkommunaler Zusammenarbeit von der Stadt Uster auf. Einige davon sind für den Gemeinderat nicht von besonderem Interesse, andere hingegen schon. Ich denke dabei an die Verkehrskonferenz, an den Spitalzweckverband oder an die Planungsgruppe Zürcher Oberland. Obwohl diese Organisationen für Uster sehr wichtig sind, sind sie weit weg von der politischen Diskussion. Der Gemeinderat ist aber gefordert, zu diesen und weiteren wichtigen Themen eine Meinung zu äussern und seine politische Führungsverantwortung zu übernehmen. Mit der Verabschiedung der Statuten des Spitalzweckverbandes haben wir dies heute in einem gewissen Masse getan. Das bleibt aber hoffentlich nicht die letzte Äusserung dazu; immerhin ist der Spital die wohl wichtigste Einrichtung für Uster und der grösste Arbeitgeber.

Ich sehe grundsätzlich vier Formen von interkommunaler Zusammenarbeit:

1. die „lose Zusammenarbeit“: diese umfasst Formen für Gedankenaustausch etc. und das Lobbying.
2. Sehe ich die vertragliche Zusammenarbeit: diese steht wohl dann im Vordergrund, wenn damit öffentliche Aufgaben effizienter bewältigt werden können.
3. Die dritte Form ist die institutionalisierte Zusammenarbeit, wo kommunale Aufgaben an eine andere Gebietskörperschaft delegiert werden. Der Zweckverband der KEZO gehört in diese Kategorie.
4. Und die vierte Form bezeichne ich diejenige Zusammenarbeit, wo letztlich in einer Gebietsbereinigung einer Gemeinde endet. Ein Beispiel ist hier die vom Gemeinderat kürzlich geforderte Einheitsgemeinde.

Als Stadt Uster müssen wir uns immer wieder die Fragen stellen, ob wir Partnerschaften suchen sollen, um unsere Aufgaben zu erfüllen. Oder ob wir eine Dienstleistung, die wir haben, auch anderen Gemeinden zur Verfügung stellen sollen und so eine höhere Professionalität erreichen. Ich glaube, dass wir diese Aspekte in unseren politischen Diskussionen vermehrt als selbstverständlich anschauen sollten.

Gerade Lobbying kann für Uster äusserst wichtig sein – denken wir beispielsweise an kantonale Vorhaben, welche früher oder später realisiert oder eben nicht realisiert werden. Ich glaube, dass diese Interessensvertretung gegen aussen äusserst wichtig ist und vom Stadtrat allgemein und vom Stadtpräsident besonders noch gestärkt werden muss. Es benötigt allerdings Zeit, wenn tatsächlich auch Koalitionen mit anderen Gemeinden gebildet werden sollen.

Auch wir als Gemeinderat müssen uns in naher Zukunft intensiv mit der Frage der interkommunalen Zusammenarbeit befassen. Nämlich dann, wenn wir über die Nachfolgeorganisation der Planungsgruppe Zürcher Oberland RZO debattieren. Diese Diskussion wird sicher nicht einfach sein. Es ist nämlich nicht offensichtlich, wie unsere strategische Achse für die Raumplanung gezeichnet werden soll. Es ist für mich aber auch nicht ganz klar, wer unsere Partner sind, wenn es um Fragen der Gesundheitsversorgung geht, oder um Fragen des Standortmarketings oder um Fragen der Bildung etc. So strategisch günstig die Lage von Uster für die Durchführung des Ustertags 1830 war, so schwierig scheint mir heute, eine einigermassen klare räumliche Abgrenzung zu skizzieren, mit welchen Nachbarn wir mehr oder weniger zusammenarbeiten sollen. Eine Antwort darauf könnte für die künftige Entwicklung von Uster und der Region ganz entscheidend sein.

Zum Schluss bleiben mir noch zwei Bemerkungen:

1. Ich finde es nach wie vor erstaunlich, wie starr unsere Gemeindestrukturen sind. Wir agieren heute in Gebietskörperschaften die schon weit über 100 Jahre alt sind. Dies obwohl unser tägliches Handeln

längst nicht mehr an den Gemeindegrenzen aufhört. Da besteht wahrscheinlich ja schon Handlungsbedarf.

2. Ich finde es gut, wenn sich Uster offen gegenüber interkommunaler Zusammenarbeit zeigt. Wir wollen der Bevölkerung ja möglichst gute öffentliche Dienstleistungen anbieten. Und dazu kann es sicher nur förderlich sein, wenn wir auch über unser Gärtchen hinaus denken.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Thema interkommunale Zusammenarbeit ist wahrscheinlich nicht geeignet, wenn man politisch-mediale Effekthascherei betreiben möchte. Ich denke auch, dass es nicht ganz einfach ist und es einen Lernprozess braucht. Ich zumindest sehe bei der ganzen Sache wahrscheinlich noch nicht so ganz durch. Umsomehr freue ich mich, mit Euch auch in konkreten Fällen darüber zu diskutieren.

Besten Dank.

Balthasar Thalmann

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Die Beantwortung der Interpellation Nr. 555 wird vom Rat entgegengenommen.

8 Motion Nr. 573 des Ratsmitgliedes Balthasar Thalmann betreffend Revision des Gestaltungsplans Mühleholz III

Der Motionär **Balthasar Thalmann** referiert.

*Herr Präsident,
Geschätzte Anwesende*

Der Gestaltungsplan Mühleholz III muss angepasst werden. Die vorliegende Motion verlangt, dass der Stadtrat dem Gemeinderat eine entsprechende Revision unterbreitet. Und zwar soll nicht der ganze Gestaltungsplan umgekrempelt werden sondern alleine die Nutzungsbestimmungen.

Der heutige Gestaltungsplan lässt praktisch alle Arbeits- und Verkaufsnutzungen zu. Lediglich die Verkaufsfläche für Güter des täglichen Bedarfs ist auf 2000m² beschränkt. Der Gemeinderat wollte ja ursprünglich eine „Lex Landi“ schaffen – deshalb hat er auch Güter des täglichen Bedarfs zugelassen. Diese „Lex Landi“ ist heute aber überholt.

1. Weil es gar nie eine echte „Lex Landi“ war. Die heutigen Nutzungsbestimmungen lassen nämlich ein x-faches mehr Verkaufsflächen zu, als dies eine Landi benötigt. Ganz konkret könnte dort ein halbes Glattzentrum entstehen. Das war wohl nie die Absicht des Gemeinderates.

2. gehe ich davon aus, dass die Landi mittlerweile andere Standorte im Visier hat. Ich persönlich bin der Ansicht, dass so ein Laden nicht irgendwo in einen 08/15-Bau an der Peripherie sondern ins Zentrum gehört.

Die Nutzungsbestimmungen des Gestaltungsplans Mühleholz III widersprechen den Zielsetzungen des Stadtrates. Der Stadtrat möchte ja dem Stadtzentrum zu einer eigenen Identität verhelfen. Auch das Wirtschaftsforum fordert eine „Erlebniswelt Zentrum Uster“. Ein Einkaufszentrum im Mühleholz würde diesen Zielen diametral zuwiderlaufen und das Zentrum schwächen.

Mit dem Nein zum Landverkauf Mühleholz im vergangenen September haben die Ustermer Stimmberechtigten klar zum Ausdruck gebracht, dass auch sie kein Einkaufszentrum an der Peripherie möchten. Wenn man diesen Volksentscheid ernst nimmt, so bleibt gar nichts anderes übrig als den Gestaltungsplan entsprechend anzupassen.

Aber auch dann müssen wir uns ganz sorgfältig überlegen, was wir mit diesem Grundstück im Mühleholz machen möchten. Es ist mit Abstand die grösste noch unüberbaute Parzelle in der Stadt Uster. Sie ist daher ein Trumpf, wenn es um die Frage der Ansiedelung von grossen Firmen in Uster geht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie, diese Motion ganz im Sinne des Ustermer Stimmvolks zu überweisen.

Besten Dank.

Balthasar Thalmann

Stadtrat Thomas Kübler beantragt, die Motion abzulehnen. Zur Begründung verweist er auf den Text des Gestaltungsplanes. Es ist zulässig, Verkaufsläden angrenzend an die Neugrütstrasse zu erstellen. In Richtung Autobahn ist dies hingegen nicht zulässig. Es besteht also kein Handlungsbedarf. Die Käufer könnten Entschädigungen fordern, würde der Gestaltungsplan wieder geändert werden. Ausserdem ist eine Änderung des Gestaltungsplanes eine langwierige Sache: beim Kanton könnte eine entsprechende Genehmigung auf Widerstand stossen. Die Abstimmung vergangenen September 2008 war nicht so eindeutig, dass die Bevölkerung klar kein Einkaufszentrum wollte. Ein Teil der Stimmenden war gegen den Landverkauf, ein Teil gegen die Käuferin. Somit eine heterogene Zusammensetzung.

Rolf Denzler

Im 2004 hat der Gemeinderat den öffentlichen Gestaltungsplan Mühliholz III genehmigt. Per 2005 ist dieser durch Genehmigung des Regierungsrates in Rechtskraft erwachsen.

Nun soll dieser Gestaltungsplan bereits nach 4 Jahren revidiert werden.

Das macht keinen Sinn und gibt ein sehr schlechtes Licht ab auf die Verlässlichkeit der Ustermer Planung. Raumplaner, wie Balthasar Thalmann, führen bekanntlich dar, dass Nutzungsplanungen und Gestaltungspläne usw. für längere Zeit gelten und verbindlich sein sollen und müssen. Die Eigentümer dürfen auf die Beständigkeit dieser Gestaltungspläne vertrauen.

Das Mühliholz ist praktisch überbaut bis auf den Baubereich 2 des Gestaltungsplanes. Dieses freie Landstück ist Eigentum der Stadt Uster.

Jetzt, wo alles, bis auf eine Parzelle überbaut ist, soll der Gestaltungsplan geändert werden – d.h. auch für die überbauten Grundstücke. Dafür besteht kein Bedürfnis.

Das führt zu grosser Rechtsunsicherheit bei allen Grundeigentümern. Diese haben Eigentum erworben im Vertrauen auf den Inhalt und die Bestimmungen des bestehenden Gestaltungsplanes.

Ein Aenderungs- bzw. Revisionsverfahren braucht wieder sehr viel Zeit. In dieser Zeit hängen die Grundeigentümer in der Luft. Sie können ihre Objekte während dem Revisionsprozess nicht verkaufen, wenn man nicht weiss, ob die Revision definitiv wird. Betroffen davon ist auch die Stadt mit ihrem Land.

Eine Revision führt zu einer Blockierung einer Devestition von städtischen Land an potentielle Investoren in Uster und verhindert die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen.

Die SVP/EDU-Fraktion lehnt die Motion kategorisch ab. Wir werden die Motion nicht überweisen.

Rolf Denzler

SVP/EDU-Fraktion

Petra Bättig

*Sehr geehrter Herr Gemeinderatspräsident
Sehr geehrte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte
Geschätzte Anwesende*

Zur Antwort auf das Postulat Nr. 573, betreffend ‚Revision des Gestaltungsplans Mühleholz III‘

Für die Revision eines Gestaltungsplanes reicht es nicht, diesen einfach in der Stadt Uster zu ändern. Er muss auch wieder neu vom Kanton genehmigt werden. Der Aufwand ist deshalb nicht zu unterschätzen. Folglich lohnt es sich abzuwägen, ob dies wirklich nötig ist. Die FDP/CVP Fraktion findet nicht.

Das Land muss ja nicht einfach an den erst-besten Verkäufer verschachert werden. Bereits hier kann der Stadtrat steuern, wem er für welchen Zweck Land verkaufen will. Danach habenen der Gemeinderat und, wie der gescheiterte Verkauf an die Firma Immuturicum AG zeigt auch das Volk, die Möglichkeit, den Verkauf und damit ein Einkaufszentrum im Mühleholz zu verhindern. Eine Revision des Gestaltungsplans ist aus diesem Grund nicht notwendig.

Zudem gibt es auf dem Mühleholzareal bereits Grundeigentümer, welche ihr Grundstück unter gewissen Bedingungen gekauft haben. Diese Bedingungen würden nun mit der Revision des Gestaltungsplanes nachträglich geändert. Die Stadt Uster setzt damit ein schlechtes Zeichen für zukünftige Verhandlungen mit interessierten Käufern, sie ist so kein verlässlicher Partner.

Ganz grundsätzlich verstehen wir nicht, weshalb auf dem Mühleholzareal auch in Zukunft Mode- oder Sportartikel eingekauft werden sollen, aber keine Artikel des täglichen Bedarfs. Soll das Zentrum von Uster also nur mit Lebensmittelläden gestärkt werden, Kleider und Mikrowellen sollen aber mit dem Auto ausserhalb eingekauft werden? Ob diese Strategie von den Ustermer Stimmberechtigten wirklich unterstützt wird, bezweifeln wir sehr. Eine solche Revision des Gestaltungsplans werden wir von der FDP/CVP Fraktion nicht unterstützen.

Für die Fraktion FDP/CVP:

Petra Bättig

Benno Scherrer

Die von der SP eingereichte Motion geht zurück auf den Antrag vom Juni letzten Jahres das Areal Mühleholz III zu verkaufen – und will nun eine Revision des Gestaltungsplanes.

Was will die Motion konkret?

Sie will, dass nur noch sperrige Güter, wie zum Beispiel Möbel und Dinge, die nicht der „Befriedigung des täglichen Bedarfs dienen“, verkauft werden dürften. Da beginnen bei uns bereits die Fragen...wie steht es um die Accessoires, mit denen die Möbelhäuser gute Umsätze machen? Dürfen dann also Kerzen und Servietten im Möbelhaus verkauft werden – ich brauche beides täglich – oder doch nicht? Wie will man „sperrige Güter“ definieren? Sind Fernseher keine sperrigen Güter? Der Motionär will aber in seiner Begründung ausdrücklich ein grosses Elektronikgeschäft ausschliessen.

Es wurde auch von Platz für den Landi gesprochen. Landi verkauft auch Uster Plus Produkte – dürfte das neben den grossen Geräten noch angeboten werden? Unter welchem Titel sollte ein Landi dann noch möglich sein?

Es gibt für uns von der GLP/EVP-Fraktion also viele offene Fragen – und wir werden zu dieser Motion NEIN sagen, die Leistungsmotion, die allgemeiner gefasst ist, dann aber unterstützen.

Diese Motion will eine Überregulierung – und verstösst unserer Ansicht nach gegen liberale Grundüberzeugungen.

Es sollen neue Einschränkungen gemacht werden, die aus heutiger Sicht vielleicht ihre Berechtigung haben – aber sind sie nicht zu detailliert, um in einem Gestaltungsplan festgeschrieben zu werden?

Was soll denn zwischen Autobahn, Autohändler und Gewerbehallen (aber tatsächlich leider auch am Siedlungsrand) noch angesiedelt werden können?

Ein neuerlicher Landverkauf müsste wieder durch diesen Rat – und die Ustermer haben ein Zeichen gesetzt, was sie jetzt wollen und was nicht. Das scheint uns zu reichen. Wir müssen also nichts zementieren.

Und auch wenn wir nicht wollen, dass dort – weit weg vom Zentrum ein ganz normaler Supermarkt entstehen soll – müssen wir das nicht neu regeln – auch wenn es der Strategie des Stadtrates zuwider läuft.

Wir stehen weiterhin hinter den von uns damals vorgebrachten Argumenten, die uns damals zu einem NEIN veranlasst haben.

Ein Verkauf zum jetzigen (oder damaligen) Zeitpunkt schien uns nicht sinnvoll, weil wir die 15'000 m² grosse Fläche in den Händen der Stadt Uster nicht einfach aus den Händen – zur „Zerstückelung“ frei geben wollten – wir hoffen auf eine nachhaltigere Nutzung.

Ein Verkauf des Grundstücks wird in 10 / 20 Jahren wohl erheblich mehr abwerfen – bleibt jedenfalls eine gute Reserve.

Und zudem hatte der Stadtrat im letzten Jahr sein (nun ja gestrichenes) Ziel von 4 Mio. Einnahmen pro Jahr aus schon massiv überschritten.

Wir von der GLP/EVP Fraktion sagen also Nein zu diesem Vorstoss.

Thomas Wüthrich

*Sehr geehrter Herr Präsident
Geschätzte Anwesende*

Die Grünen unterstützen die Motion. Ein Ja zu dieser Motion ist die logische Folge aus dem Abstimmungsergebnis vom letzten Herbst.

Die Ustermer Stimmberechtigten haben klar zum Ausdruck gebracht, dass sie kein Einkaufsparadies auf der grünen Wiese und dafür auch keinen Landverkauf tätigen wollen.

Und es ist offensichtlich, dass der bestehende Gestaltungsplan im Widerspruch zur stadträtlichen Politik, aber auch zur Haltung der Grünen steht. Das Ustermer Zentrum und dessen Geschäfte müssen gestärkt und nicht an der Peripherie konkurrenziert werden.

Kurze Wege im gut erschlossenen Stadtzentrum muss das Ziel sein, nicht unnötige Autofahrten an den Rand der Stadt.

Die Grünen empfehlen dem Gemeinderat daher die Motion zu überweisen.

Thomas Wüthrich, Gemeinderat Grüne

Balthasar Thalmann führt aus, dass der heutige Gestaltungsplan ein Einkaufszentrum ausschliesst, die stadträtliche Stellungnahme ist somit falsch. Das Bundesgericht hat zum Thema Entschädigungsforderung entschieden, dass ein Drittel hingenommen werden muss durch die Betroffenen bei Einbussen. Die Raumplanung bezweckt eine Konstanz, damit gibt er der SVP recht, aber wenn die Situation geändert hat, dürfen die veränderten Verhältnisse überdenkt werden. Wer hätte vor fünf Jahren gedacht, dass Aldi, Lidl usw. in die Region kommen. Die Vorbehalte hinsichtlich der kantonalen Instanzen teilt er nicht. Der kantonale Verkehrsplan hat auch vor kurzem geändert. Es geht nur darum, die Nutzungsbestimmungen am Gestaltungsplan zu ändern.

Stefan Feldmann führt aus, dass jeder Politiker das Abstimmungsresultat so interpretiert, wie er will. Es geht darum, den Gestaltungsplan jetzt an den Volkswillen anzupassen.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 21 : 12 Stimmen

die Überweisung der Motion abzulehnen.

Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit werden die Traktanden 9, Motion Nr. 575 der Ratsmitglieder Simone Michel und Thomas Wüthrich betreffend Förderung umwelt- und gesundheitsbewusster Mobilität - Multimobilität und 10, Leistungsmotion Nr. 576 des Ratsmitgliedes Balthasar Thalmann betreffend «Strategische Boden- und Immobilienpolitik» auf die kommende Sitzung vertagt.

Die nächste Gemeinderatssitzung findet am 16. März 2009 statt.

Schluss der Sitzung

21.30 Uhr

Für das Protokoll

Die Parlamentssekretärin
Catherine Wenzel

Die Richtigkeit und Vollständigkeit
des Protokolls bezeugen

Datum

Der Präsident
Rudolf Locher

Datum

Die Stimmenzähler:

Stefan Feldmann

Walter Meier

Andres Kunz